

GesKR-Newsletter August 2006

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir heissen Sie namens der Herausgeber und der Schriftleitung herzlich willkommen zur ersten Ausgabe des GesKR-Newsletters!

Der *kostenlose* GesKR-Newsletter, welcher in Zukunft jeweils zweimonatlich erscheinen wird, bietet Ihnen folgende Dienstleistungen:

- Hinweise auf aktuelle Literatur, Rechtsprechung und Behördenpraxis;
- Hinweise auf Aktuelles aus Rechtsetzung und Regulierung;
- Aktuelle Entscheidbesprechungen;
- Hinweise auf interessante Veranstaltungen;
- Rezensionen von neu erschienenen Büchern;
- Vorschau auf die kommende Printausgabe der GesKR.

Wir hoffen, Ihnen mit unserem GesKR-Newsletter einen echten Mehrwert bieten zu können.

Mit freundlichen Grüssen

Schriftleitung GesKR

Postfach 1548
CH-8027 Zürich

schriftleitung@geskr.ch
www.geskr.ch

Interessieren Sie sich für ein Abonnement der Printversion der GesKR? Auf unserer [Homepage](#) können Sie die GesKR zum Vorzugspreis abonnieren.

Inhaltsverzeichnis

- ▶ [Aktuelle Rechtsprechung und Behördenpraxis](#)
- ▶ [Aktuelles aus Rechtsetzung und Regulierung](#)
- ▶ [Veranstaltungen](#)
- ▶ [Vorschau auf die nächste Printausgabe der GesKR](#)
- ▶ [Aktuelle Literatur](#)

Aktuelle Rechtsprechung und Behördenpraxis

Die nachfolgenden Entscheide werden auch in der entsprechenden Rubrik in der kommenden Printausgabe der GesKR erscheinen. Auf unserer Homepage finden Sie zudem eine [Datenbank](#) mit einschlägigen Entscheiden und Behördenpraxis ab Ende 2005, welche ständig ausgebaut wird. Die Datenbank können Sie sowohl nach Stichwort, Datum des Entscheids, Gericht wie auch Systematik durchsuchen.

Personenrecht

Vereine

ZGB 75. Anfechtung eines Vereinsbeschlusses. Aktivlegitimation. Zirkularbeschlüsse ohne statutarische Grundlage sind grundsätzlich unzulässig bzw. erfordern von Gesetzes wegen (ZGB 66 II) die schriftliche Zustimmung aller Mitglieder. Dies gilt analog auch für Delegiertenversammlungen. Lediglich die schriftliche Zustimmung aller Delegierten ist einem Beschluss der Delegiertenversammlung gleichgestellt. Es stellt keinen überspitzten Formalismus dar, das Fehlen der schriftlichen Zustimmung aller Mitglieder als Ungültigkeitsgrund für den Beschluss zu betrachten. Die Frage, ob ein solcher Beschluss gar nichtig sei, wurde offen gelassen. Das im Gesetz vorgesehene Anfechtungsrecht schützt das einzelne Vereinmitglied nicht nur gegen die unmittelbare Verletzung seiner Mitgliedschaftsrechte durch die Mehrheit, sondern garantiert ihm – darüber hinaus – die Rechtmässigkeit des korporativen Lebens. Das Interesse an einer gerichtlichen Beurteilung ist somit weit gefasst und kann im Einzelfall unabhängig von der individuellen Betroffenheit bzw. von einem besonderen Rechtsschutzinteresse bejaht werden. BGE 5C.67/2006, BGer, 8.6.2006.

Gesellschaftsrecht

Kollektivgesellschaft

OR 148. Solidarhaftung und Regress unter Gesellschaftern. Entscheid 4C.89/2006 des Bundesgerichts vom 24. Mai 2006. Regeste folgt in der nächsten Printausgabe der GesKR.

OR 546; OR 580. Kündigung des Kollektivgesellschaftsvertrags nach 546 OR. Mangels anderslautender Abrede ist eine am 3. Juli 1996 erfolgte Kündigung wirksam erst per 31. Dezember 1997, d.h. eine Schadensberechnung hat aufgrund des Betriebsgewinns des Jahres 1997 zu erfolgen. Festsetzung des Betrages bei Auflösung der Gesellschaft erfolgt bei der Kollektivgesellschaft wie bei der einfachen Gesellschaft nach Art. 580 OR (Bestätigung der Rechtsprechung). 4C.278/2005; BGer, 8.5.2006.

Aktiengesellschaft – Aktionärsrechte

OR 697b. Aktienrecht. Sonderprüfung. Aktivlegitimation. Zur Aktivlegitimation gemäss OR 697b Abs. 1 bedarf es der Aktionäreigenschaft und der Mindestbeteiligung von 10 Prozent des Aktienkapitals oder Aktien im Nennwert von 2 Millionen Franken. Mangels gewichtiger Gründe, welche gegebenenfalls unter Rückgriff auf den Zweck der Norm eine Abweichung von diesem Mindestquorum erlauben würden, genügt eine als Stimmrechtsvereinbarung bezeichnete Vereinbarung für das Quorum nicht (E. 3.3). 4C.412/2005; BGer, 23.02.2006

OR 697a; OR 697b. Aktienrecht. Sonderprüfung. Erforderlichkeit gemäss OR 697a Abs. 1 ist nicht gegeben, soweit sich der Aktionär die zur Ausübung seiner Aktionärsrechte notwendigen Informationen durch die Ausübung des Auskunfts- oder Einsichtsrechtes be-

schaffen kann und diese durch Auskunft des Verwaltungsrats auch erhalten hat. Voraussetzung für die Sonderprüfung ist, dass der Aktionär bei vernünftiger Betrachtung Anlass hat, an der Vollständigkeit oder Richtigkeit der vom Verwaltungsrat erteilten Auskünfte zu zweifeln (E. 4.1). Eine Gesetzes- oder Statutenverletzung gemäss OR 697b Abs. 2 ist glaubhaft gemacht, wenn für ihr Vorhandensein gewisse Elemente sprechen, selbst wenn noch mit der Möglichkeit zu rechnen ist, dass sie sich nicht verwirklicht haben könnte (E. 4.2.1). In casu keine Glaubhaftmachung von Gesetzes- oder Statutenverletzungen im Zusammenhang mit Bezügen und Leistungen an Verwaltungsräte und Mitarbeiter sowie der Anlagepolitik der Gesellschaft. Die Sonderprüfung dient alleine der Sachverhaltsabklärung und soll weder die Rechtmässigkeit noch die Zweckmässigkeit bestimmter Entscheide oder Verhaltensweisen zum Gegenstand haben (E. 4.3.1). In casu Ablehnung der Sonderprüfung zu Fragen hinsichtlich des Zinsaufwandes der Gesellschaft und hinsichtlich der Bestimmung des inneren Werts von der Gesellschaft gehaltener eigener Aktien. 4C.179/2005; BGer, 02.11.2005.

Aktiengesellschaft – Generalversammlung

OR 699 IV. Trotz des klaren Wortlautes von Art. 699 IV OR kann der Richter die Einberufung einer GV nicht nur anordnen, sondern die GV auch gleich selbst einberufen. Dies jedenfalls dann, wenn Gefahr im Verzug steht und durch ein weiteres Verzögern der GV gesellschaftliche Aktivitäten völlig blockiert würden, bzw. wenn ein sofortiges Abhalten der GV für das Überleben der Gesellschaft entscheidend ist. 4C.47/2006 (zur Publikation vorgesehen); BGer, 30.5.2006.

Aktiengesellschaft – Verantwortlichkeit

OR 757; OR 754; OR 725. Aktivlegitimation der Gläubiger im Konkurs der Gesellschaft (Unterscheidung direkte bzw. indirekte Schädigung). Verhalten bei Verlusten der Gesellschaft. Das plötzliche Auftreten von Forderungen gegen die Gesellschaft, welche zwar bestritten sind, bei deren Gültigkeit jedoch Handeln i.S.v. Art. 725 OR verlangt würde, muss ernst genommen werden. Blosses Anführen der Forderungen als Fussnote in der Bilanz ist ungenügend. Nicht-Tätigwerden führt zur Haftbarkeit der Verwaltungsräte nach Art. 725 i.V.m. Art 754 OR. 4C.122/2006 (zur Publikation vorgesehen); BGer, 27.6.2006.

Art. 754 OR; AHVG 52. Definition des faktischen Organs in der AG. Organstellung hat, wer den Geschäftsgang der Gesellschaft effektiv beeinflusst hat, d.h. wer an der Willensbildung der Gesellschaft massgeblich beteiligt ist. Art. 52 AHVG; ist eine juristische Person Arbeitgeberin, so haften subsidiär auch deren Organe für von der Gesellschaft verursachte Schäden der Versicherung. Ein Organ handelt grobfahrlässig i.S.v. Art. 52 AHVG, wenn es während bedrohlicher Finanzlage der Gesellschaft lediglich auf ausstehende Zahlungen an die Sozialversicherung aufmerksam macht und nicht weiter darauf insistiert. 4C.31/2006 (zur Publikation vorgesehen); BGer, 4.5.2006.

ZPO SG 264. Kostenverlegung in einer aktienrechtlichen Verantwortlichkeitsklage. Handelsgericht SG, HG.2001.1, 3.4.2006. Abrufbar unter http://www.gerichte.sg.ch/home/dienstleistungen/rechtsprechung/kantonsgericht/Entscheidung_2006.html

VstG 4 I Bst. b, 15 I Bst. a; StG 10 I Bst. b; VstV 20 I; OR 740 I. Verrechnungssteuer. Emissionsabgabe. Mantelhandel. Aktiengesellschaft. Liquidation. Aktienrechtliche Verantwortlichkeit. Verwaltungsrat. Solidarische Haftung. Gegenstand der Verrechnungssteuer ist jede auf dem Beteiligungsrecht beruhende, aus ihm fliessende Leistung. Das Vorliegen einer verrechnungssteuerpflichtigen Leistung wird auch im Fall eines «Mantelhandels» angenommen; steuerlich wird dieser wie eine Liquidation mit anschliessender Neugründung behandelt (E. 2b). Die mit der Liquidation einer juristischen Person betrauten Personen haften solidarisch mit dieser bis zum Betrage des Liquidationsergebnisses. Der Garant trägt Ergebnisverantwortung; an den Entlastungsbeweis sind höhere Anforderungen zu stellen,

wenn der Liquidator besondere berufliche Qualifikationen (z. B. Rechtsanwalt, Bücherexperte, etc.) besitzt (E. 2c). Die Voraussetzungen für den Mantelhandel sind dann erfüllt, wenn die massgeblich an der Aktiengesellschaft Beteiligten diese faktisch aufgegeben haben und die wirtschaftlichen Umstände auf eine faktische Liquidation schliessen lassen (E. 3). Der einzige Verwaltungsrat der liquidierten Aktiengesellschaft, ein Rechtsanwalt, hätte dafür sorgen müssen, dass angesichts der Verflüssigung sämtlicher Aktiven allfällige Steuerforderungen sichergestellt werden (E. 5a). Er hat die Geschäftsführung durch Einräumung von Vollmachten an einen Dritten delegiert und hat es damit möglich gemacht, dass die Aktiengesellschaft ohne seine Mitwirkung faktisch liquidiert werden konnte. Diese Situation hat er sich selbst zuzuschreiben und er kann sich nicht darauf berufen, er sei bewusst umgangen worden, da diese Situation nur aufgrund der von ihm gewählten Organisation der Aktiengesellschaft möglich war (E. 5b). Auszug aus dem Entscheid SRK 2004-207 der Eidgenössischen Steuerrekurskommission vom 10. Februar 2006 in Sachen X. VPB 2006 70/III Nr. 61.

Aktienrechtliche Verantwortlichkeit. Aktivlegitimation des Abtretungsgläubigers. Verrechnungseinrede (OR 120 und 757). Die materielle Begründetheit der Forderung des rechtskräftig kollozierten Abtretungsgläubigers darf im Verantwortlichkeitsprozess vom Gericht nicht überprüft werden. Die beklagte Partei kann im Verantwortlichkeitsprozess mit Forderungen verrechnen, die ihr im Zeitpunkt der Konkursöffnung gegenüber der konkursiten Gesellschaft zustanden. BGE 132 III 342 (=4C.312/2005); BGer, 10.1.2006.

OR 755; Pflichtverletzung der Revisionsstelle. Die Revisionsstelle kann sich bezüglich einer Pflichtverletzung nicht durch die Hypothese exkulpieren, dass der Verwaltungsrat ohnehin nicht ihren Warnungen entsprechend gehandelt hätte. Kausalität ist dann zu verneinen, wenn der Schaden im konkreten Umfang trotz korrektem Handeln der Revisionsstelle eingetreten wäre. Grundsätzlich muss davon ausgegangen werden, dass jegliche Verspätung bei der Konkursanmeldung kausal ist für eine Schädigung der Gesellschaft. Dies gilt insbesondere dann, wenn innerhalb der Gesellschaft wiederholt Unterschlagungen vorkommen. 4C.118/2005; BGer, 8.8.2005.

Aktiengesellschaft – Liberierung

OR 652 Abs. 3, 652c, 683 Abs. 2 und 687 Abs. 2 OR. Verkauf von nicht voll liberierten Inhaberaktien nach Kapitalerhöhung: Passivlegitimation und Verjährung bzw. Verwirkung der Liberierungsschuld. KGer SZ, EGV-SZ 2004 Nr. 2.5, 16.3.2004. SJZ/RJSJ 5/2006, 112.

Aktiengesellschaft – Konkurs und Nachlassverfahren

Kollokation. Eigenkapitalersetzendes Aktionärsdarlehen. Entscheid 5C.230/2005 des Bundesgerichts vom 02. März 2006. Regeste folgt in der nächsten Printausgabe der GesKR.

MWSTG 51; OR 725a. Mehrwertsteuer. Aufschub des Konkurses. Nachlassvertrag. Lücke. Steuererlass. Im Gegensatz zur Ansicht der Eidgenössischen Steuerverwaltung, wonach der Beitritt zu einem gerichtlichen Nachlassvertrag nicht Gegenstand einer anfechtbaren Verfügung bilden kann, hält die Rekurskommission die Überprüfung der Anwendung von Art. 51 MWSTG für möglich (E. 4a und b). Grundzüge des Sanierungsverfahrens nach Art. 725a OR. Unterscheidung zum gerichtlichen Nachlassvertrag (E. 5b/bb). Prüfung der gesetzlichen Materialien, die zur Annahme von Art. 51 MWSTG geführt haben. Dass Art. 725a OR nicht in Art. 51 MWSTG erwähnt wird, scheint höchstens eine unechte Lücke darzustellen, die der Richter nicht zu füllen befugt ist; wohl eher handelt es sich aber um ein qualifiziertes Schweigen des Gesetzgebers, der die Möglichkeit des Steuererlasses nicht auf diese Verfahrensmöglichkeit angewandt haben wollte (E. 5b/cc). Selbst auf Grund einer teleologischen Auslegung dieser Frage gibt es keinen Anlass, den Begriff des gerichtlichen Nachlassvertrages extensiv auszulegen (E. 5b/dd). Extrait de la décision CRC 2004-002-067 de la Commission fédérale de recours en matière de contributions du 13 décembre 2005 en la cause X. VPB 2006 70/III Nr. 59.

Handelsregisterrecht

Handelsregister. Löschung einer Firma. Entscheid 4A.5/2006 des Bundesgerichts vom 08. Mai 2006. Regeste folgt in der nächsten Printausgabe der GesKR.

Genehmigung einer Eintragung einer Fusion in das Handelsregister. Entscheid 4A.4/2006 des Bundesgerichts vom 20. April 2006 (zur Publikation vorgesehen). Regeste folgt in der nächsten Printausgabe der GesKR.

Firmenrecht

OR 944 ff.; SBG 8. Grundsätze der Firmenbildung für Spielbanken. Die Bezeichnung "Gran casinò", "Gran Casinò" oder "Grand Casino" ist von Gesetzes wegen denjenigen Spielbanken vorbehalten, die über eine Konzession des Typs A verfügen. Dies geht aus dem klaren Wortlaut von SBG 8 hervor. Eine Spielbank, die nur über eine Konzession des Typs B verfügt, sich aber "Grand Casinò", "Gran Casinò" oder "Grand Casino" nennt, verletzt das Wahrheitsgebot und bewirkt eine Irreführungsgefahr, und verstösst damit gegen die Grundsätze der Firmenbildung gemäss OR 944 ff. Für die Wahrhaftigkeit des Adjektivs "Grand" sind weder das Umsatzvolumen, die Anzahl Spieltische, Angestellte oder Kunden massgebend, sondern entscheidend ist vielmehr die Vielfalt der angebotenen Glücksspiele mit grösserem Gewinn- respektive Verlustpotential. Gesellschaften, die Spielbanken führen, dürfen in ihrer Firma folglich die generelle Bezeichnung gemäss SBG 7 ("Spielbank", "maison de jeu", "casa da gioco") aufführen. Wer über eine Konzession des Typs B verfügt, kann zudem für die Bezeichnungen "Kursaal" oder "Casino" optieren. Hingegen ist der Titel "Grand Casinò", "Gran Casinò" oder "Grand Casino" ausschliesslich Spielbanken mit einer Konzession des Typs A vorbehalten. 4A.6/2005 (zur Publikation vorgesehen); BGer, 29.03.2006.

Regulierung institutioneller Investoren

Banken

BankG 1 Abs. 1; BankG 1 Abs. 4; BankG 33 ff. Unerlaubte gewerbsmässige Entgegennahme von Publikumseinlagen (BankG 1 Abs. 2). Unerlaubte Bezeichnung als Bank (BankG 1 Abs.4). Bankenkonkurs (BankG 33 ff.). Die EBK kann zur Wahrnehmung ihrer Überwachungsfunktion alle im Gesetz vorgesehenen Mittel auch gegenüber Instituten und Personen anwenden, deren Unterstellungs- bzw. Bewilligungspflicht (noch) umstritten ist (E. 4.1). Die EBK ist gehalten, gegenüber unerlaubten bewilligungspflichtigen Betrieben, die überschuldet sind, die Liquidation nach den Sonderregeln des Bankenkonkurses anzuordnen (E. 4.2). Die Entgegennahme von Publikumseinlagen, das bankenmässige Passivgeschäft, besteht darin, dass ein Unternehmen gewerbsmässig Verpflichtungen gegenüber Dritten eingeht (E. 6.3.1). Sind unter Renditeversprechungen Ein- und Auszahlungen auf ein Depotkonto bei der Betreiberin als Rückzahlungsschuldnerin möglich, so ist dieses wie ein Kontokorrentkonto einer Bank zu behandeln und fällt nicht unter die Ausnahme von BankV 3a Abs. 3 lit. a bzw. Rz 18bis EBK-RS 96/4 (E. 6.3.3). Sich als Schweizer Repräsentantin einer ausländischen Bank zu bezeichnen, fällt unter die Bewilligungspflicht von BankG 1 Abs. 4 (E. 6.3.6). 2A.749/2005 (zur Publikation vorgesehen); BGer, 25.04.2006.

GwG 2; BankG 3f und 4quinquies GwV-EBK 17 ff.; OG 103 Bst. a; VwVG 29, 30, 32 und 10. Beschwerdelegitimation einer ausländischen Tochterbank gegen Anordnungen der Bankkommission gegenüber deren Schweizer Mutterbank (E. 2.2.2). Kein Anspruch auf vor-

gängige Kenntnis der rechtlichen Würdigung des Sachverhalts vor Erlass einer Verfügung, deren rechtlicher Gegenstand bekannt ist (E. 3.2.1). Die Bankenkommission darf sich als Kollegialbehörde ihre Meinung aufgrund eines Verfügungsentwurfs des Sekretariats bilden (E. 3.2.3). Rechtliches Gehör bei einem Einbezug der ausländische Tochterbank in das Verfahren gegen die schweizerische Mutterbank (E. 3.2.5). Räumlicher Geltungsbereich des Geldwäschereigesetzes: Kriterien, die dazu führen können, dass Geschäftsbeziehungen, welche bei der Tochterbank im Ausland verbucht sind, als solche der Mutterbank in der Schweiz gelten (E. 5). Konsolidierte Aufsicht über Bankgruppen: Zuständigkeit der Bankenkommission für die Beurteilung der im Ausland geführten Kontobeziehungen aufgrund der von ihr auszuübenden konsolidierten Aufsicht über die von der Schweiz aus geführte Bankengruppe (E. 6). Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken: Umfang der Sorgfaltspflichten (E. 7). Entscheid der II. öffentlichrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts vom 9. Februar 2006 (2A.91/2005). Abrufbar unter http://www.ebk.admin.ch/d/aktuell/20060616/20060616_01.pdf.

Berufliche Vorsorge

BVG 71 Abs. 1. BVV 2 50 Abs. 3. Berufliche Vorsorge. Vermögensanlage. Kognition des Bundesgerichts. Befugnisse der kantonalen Aufsichtsbehörde. Die Grundsätze der Sicherheit und Risikoverteilung für die Vermögensverwaltung gelten absolut. Die Anlage von über 90 % der Mittel bei einer einzigen Schuldnerin – auch wenn diese eine Bank (und Arbeitgeberin der Versicherten) ist – verstösst gegen das Anlageprinzip der Diversifikation nach verschiedenen Anlagekategorien, Regionen und Wirtschaftszweigen. BGE 132 II 144 (=2A.181/2005); BGer, 4.1.2006.

Übernahmen und Umstrukturierungen

BEHG

Keine Angebotspflicht für Kanton Waadt, BCV und Waadtländer Gemeinden i.S. Romande Energie. Die Übernahmekammer der EBK befreite den Kanton Waadt, die Waadtländer Kantonalbank sowie die betroffenen Waadtländer Gemeinden von der Pflicht, ein öffentliches Übernahmeangebot für alle kotierten Beteiligungspapiere der Romande Energie Holding SA zu unterbreiten. Verfügung der Übernahmekammer der EBK vom 12. Juli 2006. Abrufbar unter http://www.ebk.admin.ch/f/aktuell/20060713/20060713_f.pdf.

BEHG 32 IV, 23; BEHV-EBK 37 ff.; UEV-UEK 24. Die Übernahmekammer der EBK hat entschieden, dass das geänderte Umtauschangebot der Motor-Columbus AG für alle sich im Publikum befindenden Namenaktien der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) dem Börsengesetz entspricht. Für den Entscheid der Übernahmekammer war ausschlaggebend, dass mit dem geänderten Umtauschangebot der ursprünglich vorgesehene „reverse merger“ weggefallen ist. Damit ist das Ausstiegsrecht der Minderheitsaktionäre gewahrt. In der Verfügung vom 3. Mai 2006 hatte die Übernahmekammer der EBK festgehalten, dass das ursprüngliche Umtauschangebot nicht gesetzeskonform war. AEM S.p.A., eine Minderheitsaktionärin der Atel hatte die Empfehlung VII der Übernahmekommission (UEK) zu diesem Umtauschangebot abgelehnt. Sie sah das Ausstiegsrecht der Minderheitsaktionäre, trotz des Verzichts auf den „reverse merger“, nicht gewährleistet. Verfügung der Übernahmekammer der EBK vom 4. Juli 2006. Abrufbar unter http://www.ebk.admin.ch/d/aktuell/20060705/20060705_d.pdf.

OR

Gesellschaftsrecht. Aktienkaufvertrag; Garantievertrag. Entscheid des Bundesgerichts 4C.150/2006 vom 29. Juni 2006. Regeste folgt in der nächsten Printausgabe der GesKR.

Vermögensverwaltung

Vertragsrecht; Vermögensverwaltungsvertrag; Retrozessionen. Entscheid 4C.432/2005 des Bundesgerichts vom 22. März 2006 (zur Publikation vorgesehen). Siehe beiliegende Entscheidbesprechung von PETER CH. HSU/ERIC STUPP, welche auch in der nächsten Printausgabe der GesKR erscheinen wird.

OR 394. ZPO ZH 54 Abs. 1. Vermögensverwaltungsvertrag. Genehmigung von abrede- oder weisungswidrigen Verwaltungshandlungen. Verhandlungsmaxime. Eine Genehmigung abrede- oder weisungswidriger Verwaltungshandlungen ist nicht leichthin anzunehmen. Vor allem für die Annahme einer konkludenten Genehmigung ist ein strenger Massstab anzusetzen. Hat der Auftraggeber die Abrede- oder Weisungswidrigkeit der Verwaltungshandlungen aber tatsächlich erkannt bzw. musste er sie nach Treu und Glauben ohne weiteres erkennen und nimmt er sie "sehenden Auges" hin, ist nach dem Vertrauensgrundsatz anzunehmen, er stimme ihnen zu. Bei Optionsgeschäften ist für die Annahme einer Genehmigungswirkung zusätzlich erforderlich, dass der Auftraggeber die Verlustrisiken, die den ausgeführten Geschäften inne wohnen, kannte, d.h., er muss mit der Gefahr, das ganze eingesetzte Geld verlieren zu können, vertraut gewesen sein. Verhandlungsmaxime. Handelsgericht ZH, 2.6.2004. ZR 1/2006, N. 4.

OR 398. BEHG 11. OR 44 und 99. Aufklärungspflicht bei Anlageaufträgen in einer Konto- und Depotbeziehung. Schadenersatz. BEHG 11 kommt bei Verletzungen der Aufklärungspflicht neben den aus dem Auftragsrecht abgeleiteten Grundsätzen zur Anwendung. Der Kunde, der mit einem Kreditderivat einen Totalverlust erlitt und Schadenersatz verlangt, trägt die Beweislast für die Unterlassung der Aufklärung (ZGB 8). Reduktion des Schadenersatzes wegen Selbstverschulden, weil der Kunde Anteile des Kreditderivats dazugekauft hat, als der Kurs auf einen Drittel des Nennwerts gesunken war (OR 99 Abs. 3 i.V.m. 44 Abs. 1). Handelsgericht ZH, 14.3.2005. ZR 1/2006, N. 3.

Aktuelles aus Rechtsetzung und Regulierung

Auf unserer [Homepage](#) finden Sie ausführlichere Informationen über laufende und abgeschlossene Rechtsetzungs- und Regulierungsvorhaben.

Inkrafttreten neuer Erlasse

SWX Swiss Exchange

Die Zulassungsstelle der SWX Swiss Exchange hat festgestellt, dass die bestehenden Vorschriften bezüglich Mindestkapitalisierung von Derivaten die Emissionstätigkeit der Emittenten erschweren können. Insbesondere aufgrund absicherungstechnischer Gründe (z.B. maximale Limiten auf Open Interest in Terminkontrakten) können gewisse Produkte daher nur eingeschränkt emittiert und kotiert werden. Die Zulassungsstelle hat diese Regelung mit Entscheidung vom 17. Mai 2006 angepasst und per 1. Juni 2006 in Kraft gesetzt ([Mitteilung 03/2006](#) der SWX Swiss Exchange).

Aktuelles zu pendenten Rechtsetzungs- und Regulierungsvorhaben

Corporate Governance Richtlinie der SWX Swiss Exchange

Die SWX Swiss Exchange (SWX) hat ihre Richtlinie betr. Informationen zur Corporate Governance (Corporate Governance-Richtlinie, RLCG) überarbeitet und vereinfacht. Das Obligationenrecht (OR) regelt neu, dass die Vergütungen von Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitgliedern im Anhang zur Bilanz auszuweisen sind. Die SWX hat sich daher entschlossen, ihre Vorschriften zur Offenlegung von Entschädigungen, Beteiligungen und Darlehen an Organmitglieder in der RLCG den gesetzgeberischen Vorgaben anzupassen ([Mitteilung 04/2006](#) der SWX Swiss Exchange). Die Änderungen werden per 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG)

Am 8. März 2006 fasste der Nationalrat als Erstrat einen vom Entwurf des Bundesrates abweichenden Beschluss. Am 23. Juni 2006 wurde das Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen nach einem Differenzbereinigungsverfahren von beiden Räten verabschiedet (Geschäftsnummer 05.072). Die Referendumsfrist läuft am 12. Oktober 2006 ab.

Am 19. Juli 2006 hat zudem das Eidgenössische Finanzdepartement die Verordnung zum Kollektivanlagengesetz bis zum 20. August 2006 in die Vernehmlassung gegeben.

Neue Eigenkapitalvereinbarung (Basel II)

Am 19. Juli 2006 erliess die EBK ihre Mitteilung Nr. 40 mit technischen Informationen über den Schweizer Eigenmittelausweis zu Basel II.

Verordnung des BPV über die Bekämpfung der Geldwäscherei (VGW)

Die aus dem Jahr 1999 stammende Geldwäschereiverordnung (VGW) bedarf aus diversen Gründen der Revision durch das Bundesamt für Privatversicherungen (BPV). Die Revisionsarbeiten werden dieses Jahr an die Hand genommen. Ziel sei die Verabschiedung der revidierten VGW im Herbst 2006 und ein Inkrafttreten auf Anfang 2007.

Aufstellung und Publikation der Buchführung von Banken und Effekthändlern

Ein Entwurf mit Vorschlägen für notwendige Änderungen im Bankengesetz und in der Bankenverordnung soll bis März 2007 fertig gestellt werden.

Unternehmenssteuerreformgesetz II – Indirekte Teilliquidation und Transponierung

Die eidg. Räte haben am 23. Juni 2006 das Bundesgesetz über dringende Anpassungen bei der Unternehmensbesteuerung verabschiedet (Geschäftsnummer 05.058). Die Referendumsfrist läuft bis am 12. Oktober 2006.

Aufsicht über die berufliche Vorsorge

Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Optimierung der Aufsicht über die berufliche Vorsorge hätten ursprünglich bis Ende 2005 abgeschlossen sein sollen. In der Zwischenzeit hat sich der Zeitplan jedoch verzögert. Das EDI ist im März 2006 beauftragt worden, eine entsprechende Gesetzesvorlage im Rahmen der Optimierung der Aufsicht über die berufliche Vorsorge auszuarbeiten. Diese soll nun bis Dezember 2006 fertiggestellt und anschliessend im Sommer 2006 in die Vernehmlassung geschickt werden.

Anpassung des Mindestumwandlungssatzes in der obligatorischen beruflichen Vorsorge

Der Bundesrat hat die Änderung des Gesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG) zur Senkung des Umwandlungssatzes bis zum 30. April 2006 in die Vernehmlassung geschickt. Die Botschaft soll im November dieses Jahres an das Parlament weitergeleitet werden. Die Behandlung der Vorlage durch das Parlament wird im Jahr 2007 erwartet.

Haager Wertpapier-Übereinkommen

Am 5. Juli 2006 unterzeichneten die Schweiz und die USA in Den Haag gemeinsam das Wertpapierübereinkommen.

Haager Trust-Übereinkommen

Am 23. März 2006 beschloss der Ständerat als Erstrat die Annahme des Entwurfes des Bundesrates (Geschäftsnummer 05.088). Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates sprach sich am 6./7. Juli 2006 einstimmig für das Haager Trust-Übereinkommen aus. Der Nationalrat selber wird voraussichtlich in der kommenden Herbstsession darüber beraten.

Übrige Mitteilungen im Bereich der Regulierung

Eidgenössische Bankenkommission (EBK)

Strukturierte Produkte – AFG: Die EBK veröffentlichte am 21. Juli 2006 ein Informationsschreiben betreffend den Geltungsbereich des AFG im Zusammenhang mit strukturierten Produkten und anderen Finanzvehikeln. Danach wird aufgrund einer neuen Bestimmung betreffend strukturierte Produkte im künftigen Kollektivanlagengesetz (KAG) das von der EBK im Frühling 2005 veröffentlichte Positionspapier zu strukturierten Produkten und anderen Finanzvehikeln überholt sein. Die definierte Praxis sei somit ab sofort nicht mehr anwendbar. Unter Berücksichtigung bestimmter Bedingungen können strukturierte Produkte in der Schweiz und von der Schweiz aus frei öffentlich vertrieben werden. Die EBK behält sich vor, bei einer offensichtlichen Umgehung des AFG oder künftig des KAG mittels strukturierter Produkte zu intervenieren.

Schweizer Eigenmittelausweise – Basel II: Die EBK veröffentlichte am 19. Juli 2006 die EBK-Mitteilung Nr. 40 betreffend technische Vorausinformationen zum Schweizer Eigenmittelausweis zu Basel II.

Anhörung zur Durchforstung des Aufsichtsrechts: Die EBK hat die bestehende Finanzmarktregulierung auf Stufe Verordnung und Rundschreiben überprüft. Sie schlägt vor, sieben Regulierungen abzuschaffen, und eröffnete dazu am 14. Juli 2006 eine Anhörung, welche bis zum 31. August 2006 dauerte.

Anhörung zum RS „Ratingagenturen“: Die EBK veröffentlicht den Entwurf für ein Rundschreiben über die Anerkennung von Ratingagenturen. Es regelt deren Anerkennung für die Berechnung der Eigenmittel von Banken und Effekthändlern unter Basel II und übernimmt das Rundschreiben 98/3 „Rating-Agenturen“ des Fondsbereiches. Die Anhörung dauerte bis zum 31. August 2006.

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)

Vernehmlassung in Sachen Verordnung zum KAG: Das Eidgenössische Finanzdepartement EFD hat die Verordnung zum Kollektivanlagegesetz am 19. Juli 2006 in die Anhörung gegeben. Parteien sowie interessierte Organisationen können sich während eines Monats zum Entwurf äussern.

Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV)

Unternehmenssteuerreformgesetz II – Indirekte Teilliquidation und Transponierung: Die ESTV hat am 18. Juli 2006 das Rundschreiben betreffend das Bundesgesetz über dringende Anpassungen bei der Unternehmensbesteuerung / Indirekte Teilliquidation und Transponierung veröffentlicht.

Veranstaltungen

7th International Sustainability Leadership Symposium

From Short- to Long-Term: Who Cares? Institutional Investors, Beneficiaries and Investees in Dialogue 7th International Sustainability Leadership Symposium 31 August / 1 September 2006 Swiss Re Centre for Global Dialogue, Rüschlikon/Zürich, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: The Sustainability Forum Zürich, Lagerstrasse 33, P.O. Box, 8021 Zürich, Phone: +41 44 299 95 99, Fax: +41 44 299 95 98, info@sustainability-zurich.org, www.sustainability-zurich.

9. Zürcher Konferenz zum Thema Mergers & Acquisitions

EIZ, 5. September 2006, Leitung: Dr. Rudolf Tschäni, Zürich, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Phone: +41 44 634 48 91, Fax: +41 44 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.unizh.ch.

Wirtschaftskriminalität. Neue Trends und Techniken

Weblaw, 7. September 2006, Zürich, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Weblaw CyberSquare, Laupenstrasse 1, 3008 Bern, Phone: +41 31 380 57 77, Fax: +41 31 380 57 78, info@weblaw.ch, www.weblaw.ch.

Berufliche Vorsorge: Rechnungslegung, Vermögensanlage, Begünstigte, Teilliquidation. Intensivseminar

Weblaw, 15. – 16. September 2006, Hotel Seeblick, Emmetten, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Weblaw CyberSquare, Laupenstrasse 1, 3008 Bern, Phone: +41 31 380 57 77, Fax: +41 31 380 57 78, info@weblaw.ch, www.weblaw.ch.

Aktuelle Entwicklungen bei der Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen. Öffentliches Seminar der Treuhand-Kammer

Weblaw, 20. September 2006, Zürich, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Weblaw CyberSquare, Laupenstrasse 1, 3008 Bern, Phone: +41 31 380 57 77, Fax: +41 31 380 57 78, info@weblaw.ch, www.weblaw.ch.

Forum Kapitalmarkt. Öffentliches Seminar (Abendveranstaltung) der Treuhand-Kammer

Weblaw, 21. September 2006, Zürich, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Weblaw CyberSquare, Laupenstrasse 1, 3008 Bern, Phone: +41 31 380 57 77, Fax: +41 31 380 57 78, info@weblaw.ch, www.weblaw.ch.

Aktuelle Fragen des Handelsregisterrechts

EIZ, 25. Oktober 2006, Leitung: Michael Gwelessiani, Zürich / PD Dr. Andreas Kellerhals, Zürich, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Phone: +41 44 634 48 91, Fax: +41 44 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.unizh.ch.

Internationales Handelsrecht

EIZ, 31. Oktober 2006, Leitung: Dr. Markus Berni, Zürich / PD Dr. Andreas Kellerhals, Zürich, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Phone: +41 44 634 48 91, Fax: +41 44 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.unizh.ch.

Legal Management: Neues Rollenverständnis des internen Rechtsdienstes

Weblaw, 7. – 8. November 2006, Hotel Hilton, Airport, Opfikon, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Weblaw CyberSquare, Laupenstrasse 1, 3008 Bern, Phone: +41 31 380 57 77, Fax: +41 31 380 57 78, info@weblaw.ch, www.weblaw.ch.

The Zurich Annual Conference on Trusts and International Inheritance Law Practice

EIZ, 8. November 2006, Leitung: Dr. Nedim Peter Vogt, Zürich, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Phone: +41 44 634 48 91, Fax: +41 44 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.unizh.ch.

Vermögensverwaltung und Anlageberatung

IRP, 10. November 2006 Convention Point, SWX Swiss Exchange, Zürich, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Universität St.Gallen, IRP-HSG, Bodanstrasse 4, 9000 St.Gallen, Phone: +41 71 224 24 24, Fax: +41 71 224 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch.

Steueroasen und Offshore-Strukturen

Rechtsgebiet: Andere Rechtsgebiete, 21. – 22. November 2006, Hotel Seedamm Plaza, Pfäffikon, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Weblaw CyberSquare, Laupenstrasse 1, 3008 Bern, Phone: +41 31 380 57 77, Fax: +41 31 380 57 78, info@weblaw.ch, www.weblaw.ch.

Erste Lehren aus dem Fall Swissair

EIZ, Vortragsreihe am Mittag, 24. November 2006, CS-Forum St. Peter, St. Peterstrasse 19, 8001 Zürich, Switzerland, Leitung: Karl Wüthrich.

Kontakt und Anmeldung: Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Phone: +41 44 634 48 91, Fax: +41 44 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.unizh.ch.

Tagung zum Unternehmensrecht

IRP, 29. November 2006, InterContinental, Zürich, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Universität St.Gallen, IRP-HSG, Bodanstrasse 4, 9000 St.Gallen, Phone: +41 71 224 24 24, Fax: +41 71 224 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch.

Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen

IRP, 30. November 2006, Convention Point, SWX Swiss Exchange, Zürich, Switzerland.

Kontakt und Anmeldung: Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Universität St.Gallen, IRP-HSG, Bodanstrasse 4, 9000 St.Gallen, Phone: +41 71 224 24 24, Fax: +41 71 224 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch.

Vorschau auf die nächste Ausgabe der GesKR

Die nächste Ausgabe der GesKR (GesKR 2/2006) wird anfangs Oktober 2006 mit folgenden Beiträgen erscheinen:

COUNSEL'S PAGE	Hans Peter Frick, General Counsel: Ein Berufsbild im Wandel
AUFSÄTZE	Rolf Watter/Till Spillmann: Corporate Social Responsibility – Leitplanken für den Verwaltungsrat Schweizerischer Aktiengesellschaften Peter V. Kunz: Fragen zur Kotierung sowie zur Dekotierung von Aktien – oder: über das „Werden“ und „Sterben“ von Publikumsgesellschaften
PRO & CONTRA	Daniel Daeniker/Vito Roberto: Thesen zur Haftung für ad hoc-Publizität
KURZBEITRÄGE	Monika Roth: Finanzmarktrecht: Schnittstellen im Bereich der Sanktionen Franca Contratto: Der vereinfachte Prospekt für strukturierte Produkte nach Art. 5 KAG - Pandorabüchse oder wirksame Anlegerschutzmassnahme? Urs Gnos : FusG 23
Q & A	Dieter Dubs: Q&A zum Traktandierungsbegehren nach Art. 699 Abs. 3 OR – Ausgestaltung, Rechte der Aktionäre und Pflichten des Verwaltungsrates
ENTSCHEID- BESPRECHUNGEN	Peter Hsu/Eric Stupp: Retrozessionen sind grundsätzlich dem Kunden abzuliefern – Besprechung des Urteils des Schweizerischen Bundesgerichts 4C.432/2005 vom 22. März 2006 (siehe Beilage GesKR-Newsletter) Andrew Garbarski : Quelques développements récents à propos de l'action en responsabilité dirigée contre les organes de sociétés anonymes – Arrêt du Tribunal fédéral 4C.312/2005 du 10 janvier 2006
DEAL WATCH	Frank Gerhard: Das virtuelle Übernahmeangebot
UNIVERSITÄRES	Dorothea Herren: Ein modernes Kapitalgesellschaftsrecht für die Schweiz
DISSERTATIONEN	Olivier Bloch, Borislav Chonkov, Matthias Forster, Andrew Garbarski, Roman Geiger, Caroline Hirsiger, Marcel Meier, Yves Schneller

Aktuelle Literatur

Die nachfolgende Literatur wird auch in der entsprechenden Rubrik in der kommenden Printausgabe der GesKR erscheinen. Auf unserer Homepage finden Sie zudem eine [Datenbank](#) mit einschlägiger Literatur ab Ende 2005, welche ständig ausgebaut wird. Die Datenbank können Sie sowohl nach Stichwort, Autor wie auch Systematik durchsuchen.

Allgemeines Wirtschaftsrecht

Baker & McKenzie (Hrsg.): Entwicklungen im schweizerischen Wirtschaftsrecht 2005/2006. Schulthess, Zürich 2006, 197 Seiten, 96.- CHF.

Blankart Franz: Globalisierte Aussenwirtschaftspolitik - ein Essay, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 689 ff.

Nobel Peter/Waldburger Robert: Der Unternehmensstandort Schweiz aus steuer- und aktienrechtlicher Sicht, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 27-60.

Roth Monika: Soft Law - Ordnungsvisionen in flux. Stämpfli, Bern 2006, 175 Seiten, 68.- CHF.

Staub Leo: Legal Management: Management von Recht als Führungsaufgabe. 2., erw. und aktualisierte A., Versus, Zürich 2006, 319 Seiten.

Corporate Governance und Business Ethics

Grosse Jan-Velten/Boos Karl-Heinz: ein Fortschritt bei den Corporate Governance-Regeln? WM 25/2006, 1177-1182.

Fischer Alex: Corporate Governance bei Stiftungen - von der Selbstverständlichkeit des Guten, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 645-670.

Gilson Ronald J.: Controlling Shareholders and Corporate Governance: complicating the comparative Taxonomy. Harvard Law Review 6/2006.

Hövermann Julia/Klein Christian: Corporate Governance im französischen Gesellschaftsrecht. RIW 2006, 277-279.

Kunz Peter V.: Corporate Governance - Tendenz von der Selbstregulierung zur Regulierung, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 471-496.

Schnyder Anton K.: Corporate Governance und Internationales Wirtschaftsrecht, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 565-588.

Weber-Rey Daniela: Whistleblowing zwischen Corporate Governance und Better Regulation. AG 11/2006, 406-410.

Winter Jaap: Corporate governance regulation and enforcement in the US and the EU, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 389-412.

Trust

Rhodes John: The Remarkable Resilience of the Trust, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 671-676.

Personenrecht

Juristische Personen - Stiftungen

Fischer Alex: Corporate Governance bei Stiftungen - von der Selbstverständlichkeit des Guten, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 645-670.

Gesellschaftsrecht

Allgemeines

Groner Roger: Private Equity-Recht. Stämpfli, Bern 2006, 600 Seiten, 128.- CHF.

Kramer Ernst A./Nobel Peter/Waldburger Robert (Hrsg.): Festschrift für Peter Böckli zum 70. Geburtstag. Schulthess, Zürich 2006, 148.- CHF.

Pfäffli Roland: Die Verfügungsmacht des Prokuristen im Immobiliarsachenrecht. Jusletter vom 3. Juli 2006.

Schmid Jörg/Girsberger Daniel: Neue Rechtsfragen rund um die KMU. Erb-, Steuer-, Sozialversicherungs- und Arbeitsrecht. Stämpfli, Bern 2006, 212 Seiten, 48.- CHF.

Stahelin Ernst: Anwaltskanzlei und Handelsregister: Ein Widerspruch? Anwaltsrevue 2006, 103-104.

Einfache Gesellschaft

Fellmann Walter/Müller Karin: Die einfache Gesellschaft. Kommentar zu Art. 530-544 OR. Band VII, 1. Abteilung, 1. Teilband. Stämpfli, Bern 2006, 1120 Seiten, 415.- CHF.

Aktiengesellschaft – Allgemeines

Böckli Peter: Zum Vorentwurf für eine Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts. Eine kritische Übersicht. GesKR 1/2006, 4-28.

Huguenin Claire: Insihgeschäfte im Aktienrecht, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 521-533.

Poncet Jean-Daniel/Reiser Christian M.: Le check-up de votre Société anonyme. Guide pratique pour les chefs d'entreprises et les membres de conseils d'administration. 3ème édition, entièrement revue et complétée sous l'angle de la Lfus. Cosmos, Muri/Berne 2006, Env. 170 pages, env. 56.- CHF.

Aktiengesellschaft – Aktionärsrechte

Marolda Martinez Larissa: Information der Aktionäre nach Schweizerischem Aktien- und Kapitalmarktrecht. Schulthess, Zürich 2006, 84.- CHF.

Aktiengesellschaft – Generalversammlung

Dubs Dieter: Beschlussvoraussetzungen und deren Abgrenzung von anderen Bedingungen für die Rechtswirksamkeit von Aktionärsbeschlüssen, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 445-470.

Josi Peter: Richter darf GV selbständig einberufen. Jusletter vom 10. Juli 2006.

Aktiengesellschaft – Verwaltung

Bartholet Oliver/Kurer Peter: Emerging Concepts for Deferred Compensation Plans: Accounting, Governance, Legal and Tax Challenges for a Global Financial Services Firm, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli, Zürich 2006, 343-388.

Kieser Ueli: Der Verwaltungsrat im Sozialversicherungsrecht. SZW/RSDA 3/2006, 181-187.

Kissling Mischa: Der Mehrfachverwaltungsrat. Die Tätigkeit in Verwaltungsräten mehrerer Aktiengesellschaften aus Sicht des Zivil-, Straf-, Wettbewerbs-, Steuer- und Sozialversicherungsrechts. Schulthess, Zürich 2006, 380 Seiten, 84.- CHF.

Aktiengesellschaft – Verantwortlichkeit

Doralt Walter: Haftungsbegrenzung für die Revisionsstelle - Notwendigkeit oder Privileg? SZW/RSDA 3/2006, 168-180.

Garbarski Andrew M.: La responsabilité civile et pénale des organes dirigeants de sociétés anonymes. Schulthess, Zürich 2006, 86.- CHF.

Roberto Vito: Probleme der differenzierten Solidarität. GesKR 1/2006, 29-42.

Aktiengesellschaft – Emissionen

Dubs Dieter: "Genehmigtes Kapital" als Abwehrmassnahme. GesKR 1/2006, 43-53.

Aktiengesellschaft – Ausschüttungen

Neuhaus Markus R./Watter Rolf: Handels- und steuerrechtliche Aspekte von Up-, Down- und Sidestream-Garantien zugunsten von Konzerngesellschaften, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 173-218.

Aktiengesellschaft – Mitarbeiterbeteiligung

Bartholet Oliver/Kurer Peter: Emerging Concepts for Deferred Compensation Plans: Accounting, Governance, Legal and Tax Challenges for a Global Financial Services Firm, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli, Zürich 2006, 343-388.

Aktiengesellschaft – Sanierung

Behnisch Urs R./Locher Peter: Die Sanierungsfusion nach Art. 6 FusG aus zivil- und steuerrechtlicher Sicht, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 289-310.

Hunkeler Daniel: Anstrengungen zur Verbesserung des Unternehmenssanierungsrechts in der Schweiz und in Deutschland. Jusletter vom 17. Juli 2006.

Oberson Xavier/Peter Henry/Kuster Mathias: Steuerliche Aspekte bei Sanierungsleistungen von Schwestergesellschaften, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 219-242.

Peter Henry/Jeandin Nicolas/Kilborn Jason: The Challenges of Insolvency Law Reform in the 21st Century. Stämpfli, Bern 2006, 616 Seiten, 148.- CHF.

Portisch Wolfgang: Sanierung aus Bankensicht. Schriftenreihe zur praxisnahen Wirtschaftsforschung Band 2. Haupt Verlag, Bern 2006, 52.- CHF.

Aktiengesellschaft - Konzern

Allemann Richard W./Baumgartner Ivo P.: Steuerneutrale Übertragung von Vermögenswerten zwischen Konzerngesellschaften mit Minderheitsaktionären, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 137-172.

Altmeppen Holger: Die Grenzen der Zulässigkeit des Cash Pooling. ZIP 22/2006, 1025-1034.

Ehricke Ulrich/Rotstegge Jochen P.: Drittschutz zu Gunsten anderer Konzerngesellschaften bei Verletzung des Bankgeheimnisses. ZIP 20/2006, 925-934.

Künzler Oliver: Konzernübertragung im Privat- und Steuerrecht. Schulthess, Zürich 2006, 89.- CHF.

Neuhaus Markus R./Watter Rolf: Handels- und steuerrechtliche Aspekte von Up-, Down- und Sidestream-Garantien zugunsten von Konzerngesellschaften, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 173-218.

Oberson Xavier/Peter Henry/Kuster Mathias: Steuerliche Aspekte bei Sanierungsleistungen von Schwestergesellschaften, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 219-242.

Riedweg Peter/Daeniker Daniel: Holdingspaltung im Zivil- und Steuerrecht, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 111-136.

Schubarth Martin: Konzernstrafrecht. SZW/RSDA 3/2006, 161-167.

von Büren Roland: Die einheitliche Leitung im Konzern: Einordnungskonzept oder Aushandlungskonzept? in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 429-444.

Aktiengesellschaft – Revisionsstelle

Doralt Walter: Haftungsbegrenzung für die Revisionsstelle - Notwendigkeit oder Privileg? SZW/RSDA 3/2006, 168-180.

Aktiengesellschaft - Internationales

Bainbridge Stephen M.: Director Primacy and Shareholder Disempowerment. Harvard Law Review 6/2006.

Bebchuk Lucian A.: Letting Shareholders set the Rules. Harvard Law Review 6/2006.

Ferrarini Guido: "One Share - One Vote: A European Rule?" ECFR 2/2006, 147-177.

Fleischer Holger: Bestelldauer und Widerruf der Bestellung von Vorstandsmitgliedern im in- und ausländischen Aktienrecht. AG 12/2006, 429-442.

Gilson Ronald J.: Controlling Shareholders and Corporate Governance: complicating the comparative Taxonomy. Harvard Law Review 6/2006.

Hopt Klaus J./Roth Markus: Die Sorgfaltspflicht der Aufsichtsratsmitglieder, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 413-428.

Schmidt: Stimmrechtsvertretung und Stimmrechtsausübung "in absentia" in Deutschland von Grossbritannien - Speziell vor dem Hintergrund der aktuellen Gesellschaftsrechtsreform in Grossbritannien sowie der geplanten EU-Aktionärsrechte-Richtlinie. NZG 13/2006, 487-490.

Strine Leo E.: Toward a true Corporate Republic: A Traditionalist response to Bedchuk's Solution for improving Corporate America. Harvard Law Review 6/2006.

Wand Peter/Tillmann Tobias: EU-Richtlinienvorschlag zur Erleichterung der Ausübung von Aktionärsrechten. AG 12/2006, 443-449.

GmbH - Allgemeines

Forstmoser Peter: Das neue Recht der Schweizer GmbH, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 535-564.

Nussbaum Martin F./Sanwald Reto/Scheidegger Markus: Gesetzestext zum neuen GmbH-Recht. Cosmos, Muri b. Bern 2006, 128.- CHF.

Internationales

Caspers Wolfgang: Liechtensteinisches Gesellschaftsrecht im Wettbewerb der Rechtsordnungen. LJZ 2006, 1.

Ehricke Ulrich/Rotstegge Jochen P.: Drittschutz zu Gunsten anderer Konzerngesellschaften bei Verletzung des Bankgeheimnisses. ZIP 20/2006, 925-934.

Ferrarini Guido: "One Share - One Vote: A European Rule?" ECFR 2/2006, 147-177.

Fleischer Holger: Bestelldauer und Widerruf der Bestellung von Vorstandsmitgliedern im in- und ausländischen Aktienrecht. AG 12/2006, 429-442.

Göthel Stephan R.: Delaware bestätigt Gründungstheorie und schützt Pseudo-Foreign Corporations. RIW 2006, 41-44.

Hopt Klaus J./Merkt Hanno: Handelsgesetzbuch: mit GmbH & Co., Handelsklauseln, Bank- und Börsenrecht; Transportrecht (ohne Seerecht). Neubearb. und erw. A., C.H. Beck, München 2006, 2135 Seiten.

Hopt Klaus J./Roth Markus: Die Sorgfaltspflicht der Aufsichtsratsmitglieder, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 413-428.

Jänig Ronny: Die Company Law Reform Bill: Zur Reform des Gesellschaftsrechts im Vereinigten Königreich. RIW 2006, 270-276.

Knöfel Oliver L.: Internationales Sozietätsrecht. RIW 2006, 87-93.

Kubat Nadja: Quo vadis Societas Europaea? - Völker und Europarecht AKTUELL. Jusletter vom 12. Juni 2006.

Merkt Hanno/Göthel Stephan R.: US-amerikanisches Gesellschaftsrecht. 2. Neu bearb. A., Verlag Recht und Wirtschaft, Frankfurt am Main 2006, 925 Seiten.

Meyer Justus/Duckstein Ronny: Die US-amerikanische Insolvenzrechtsreform von 2005. ZIP 20/2006, 935-939.

Oetker Hartmut: Unternehmensmitbestimmung in der SE kraft Vereinbarung. ZIP 24/2006, 1113-1120.

Schmidt: Stimmrechtsvertretung und Stimmrechtsausübung "in absentia" in Deutschland von Grossbritannien - Speziell vor dem Hintergrund der aktuellen Gesellschaftsrechtsre-

form in Grossbritannien sowie der geplanten EU-Aktionärsrechte-Richtlinie. NZG 13/ 2006, 487-490.

Schön Wolfgang: The Mobility of Companies in Europe and the Organizational Freedom Founders. ECFR 2/2006, 122-146.

Süess Rembert/Wachter Thomas: Handbuch des internationalen GmbH-Rechts. Stämpfli, Bern 2006, 1500 Seiten, ca. 207.- CHF.

Wand Peter/Tillmann Tobias: EU-Richtlinienvorschlag zur Erleichterung der Ausübung von Aktionärsrechten. AG 12/2006, 443-449.

Finanzierungen

Neuhaus Markus R./Watter Rolf: Handels- und steuerrechtliche Aspekte von Up-, Down- und Sidestream-Garantien zugunsten von Konzerngesellschaften, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 173-218.

Handelsregisterrecht

Swiss Commercial Register. Schulthess, Zürich 2006, 69 Seiten, 120.- CHF.

Stahelin Ernst: Anwaltskanzlei und Handelsregister: Ein Widerspruch? Anwaltsrevue 2006, 103-104.

Wertpapierrecht

Petitpierre Anne: Les papiers-valeurs. Stämpfli, Bern 2006, 500 Seiten, 248.- CHF.

Kapitalmarktrecht

Allgemeines

Bershada Vucurovic Tetiana: New SWX Segmentation Concept in the Light of the Recent EU Developments in the Regulation and Supervision of Securities Markets. SZW/RSDA 3/2006, 188-199.

Contratto Franca: Konzeptionelle Ansätze zur Regulierung von Derivaten im schweizerischen Recht. Analyse de lege lata und Vorschläge de lege ferenda unter besonderer Berücksichtigung der Anlegerinformation bei Warrants und strukturierten Produkten. Schulthess, Zürich 2006, 98.- CHF.

Druey Jean Nicolas: Der Informations-Fetischismus, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 589-610.

Emmenegger Susanne: Die Regulierung von Rating-Agenturen. SZW/RSDA 2006, 32-41.

Kramer Ernst A./Nobel Peter/Waldburger Robert (Hrsg.): Festschrift für Peter Böckli zum 70. Geburtstag. Schulthess, Zürich 2006, 148.- CHF.

Krizaj Thomas: Kollektivanlagengesetz verabschiedet. Neue Formen der kollektiven Kapitalanlage und weitere Änderungen. Jusletter vom 3. Juli 2006.

Nobel Peter: Aktuelle Rechtsprobleme des Finanz- und Börsenplatzes Schweiz. Stämpfli, Bern 2006, 250 Seiten, 89.- CHF.

Aufsicht

Emmenegger Susanne: Die Regulierung von Rating-Agenturen. SZW/RSDA 2006, 32-41.
Trott Anselm Sebastian/Geiger Hans: Integrierte Finanzmarktaufsicht im internationalen Vergleich. Working Paper, Institut für schweizerisches Bankwesen, Zürich 2006.

Börsenregulierung

Bersheda Vucurovic Tetiana: New SWX Segmentation Concept in the Light of the Recent EU Developments in the Regulation and Supervision of Securities Markets. SZW/RSDA 3/2006, 188-199.

Bühler Christoph B.: Offenlegung von Management-Transaktionen: Neue Leitplanken und Bodenwellen auf der Corporate-Governance-Schnellstrasse, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 497-520.

Contratto Franca: Konzeptionelle Ansätze zur Regulierung von Derivaten im schweizerischen Recht. Analyse de lege lata und Vorschläge de lege ferenda unter besonderer Berücksichtigung der Anlegerinformation bei Warrants und strukturierten Produkten. Schulthess, Zürich 2006, 98.- CHF.

Druey Jean Nicolas: Der Informations-Fetischismus, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 589-610.

Internationales

Bachmann Gregor: Der Grundsatz der Gleichbehandlung im Kapitalmarktrecht. ZHR 2006, 144-177.

Heinrich Tobias A.: Kapitalmarktrechtliche Transparenzbestimmungen und die Offenlegung von Beteiligungsverhältnissen: eine rechtsvergleichende Untersuchung des europäischen, deutschen, englischen und US-amerikanischen Rechts. P. Lang, Frankfurt a.M./Bern 2006, 290 Seiten.

Hirschberg Holger: MiFID - Ein neuer Rechtsrahmen für die Wertpapierhandelsplätze in Deutschland. AG 11/2006, 398-405.

Kumpan Christoph: Börsenmacht Hedge-Fonds - Die Regelungen in den USA und mögliche Implikationen für Deutschland. ZHR 2006, 39-71.

Macey Jonathan R./O'Hara Maureen: From Markets to Venues: Securities Regulation in an Evolving World. Stanford Law Review, Volume 58, 563-600.

Mülbert Peter O./Böhmer Jörg: Ereignisbezogene Finanzprodukte - Zivil-, Kapitalmarkt-, Wertpapier-, Straf- und Öffentliches Recht - Teil I -. WM 20/2006, 937-951.

Mülbert Peter O./Böhmer Jörg: Ereignisbezogene Finanzprodukte - Zivil-, Kapitalmarkt-, Wertpapier-, Straf- und Öffentliches Recht - Teil II -. WM 21/2006, 985-998.

Oechsler Jürgen: Die Änderung der Kapitalmarktrichtlinie und der Rückerwerb eigener Aktien. ZHR 2006, 72-89.

Schneider Uwe H.: Acting in Concert - ein kapitalmarktrechtlicher Zurechnungstatbestand. WM 28/2006, 1321-1327.

Widder/Gallert: Ad-hoc Publizität infolge der Weitergabe von Insiderinformationen - Sinn und Unsinn von § 15 I 3 WpHG. NZG 12/2006, 451-453.

Regulierung institutioneller Investoren

Anlagefonds

Krizaj Thomas: Kollektivanlagengesetz verabschiedet. Neue Formen der kollektiven Kapitalanlage und weitere Änderungen. Jusletter vom 3. Juli 2006.

Banken

Basler Bankenvereinigung (Hrsg.): Beyond Budgeting: Ein Weg zu mehr Unternehmertum in den Banken. Tagungsbund zum 13. Bankentag, 10. November 2005. Haupt Verlag, Bern 2006, 48.- CHF.

Bernhard Björn: Elsig Bailey - stilles Ende des Schweizer Bankgeheimnisses. Jusletter vom 12. Juni 2006.

Bröder Thorsten M.: Risiko-Management im internationalen Bankgeschäft. Eine holistische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Steuer und Kontrolle. Bank und finanzwirtschaftliche Forschungen Band 375, Haupt Verlag, Bern 2006, 52.- CHF.

Ehrlicke Ulrich/Rotstegge Jochen P.: Drittschutz zu Gunsten anderer Konzerngesellschaften bei Verletzung des Bankgeheimnisses. ZIP 20/2006, 925-934.

Geiger Claudia: Der wirtschaftlich Berechtigte im Sinne der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB). Studie zu einem zentralen Begriff des Finanzmarktrechts und der Geldwäschereibekämpfung. Stämpfli, Bern 2006, ca. 200 Seiten, ca. 68.- CHF.

Kaufmann Thomas: Der Einsatz eines Hypothekenportfolios einer Bank als Sicherheit bei der Refinanzierung. Unter Berücksichtigung von Mortgage-backed Securities. Schulthess, Zürich 2006, 54 Seiten, 54.- CHF.

Lange Reimann: Müssen Kreditinstitute von der Globalzession Abschied nehmen? BKR 6/2006, 230-231.

Portisch Wolfgang: Sanierung aus Bankensicht. Schriftenreihe zur praxisnahen Wirtschaftsforschung Band 2. Haupt Verlag, Bern 2006, 52.- CHF.

Wiegand Wolfgang/Sigrist Daniel/Baltensperger Ernst/Emmenegger Susan/Zulauf Urs: Basel II - die rechtlichen Konsequenzen. Stämpfli, Bern 2006, 160 Seiten, 80.- CHF.

Zobl Dieter (Hrsg.)/Schwob Renate (Hrsg.)/Geiger Hans (Hrsg.)/Winzeler Christoph (Hrsg.)/Breining Christine (Hrsg.): Kommentar zum Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen. Schulthess, Zürich 2006, ca. 536 Seiten, 258.- CHF.

Berufliche Vorsorge

Schaffhauser René/Stauffer Hans-Ulrich (Hrsg.): Die 1. BVG-Revision. Neue Herausforderungen - Praxisgerechte Umsetzung. Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Band 32, 2006, 68.- CHF.

Stauffer Hans-Ulrich/Murer Erwin (Hrsg.): Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Sozialversicherungsrecht. Die berufliche Vorsorge BVBG/FZG/ZGB/OR/FusG. Schulthess, 2. neu bearb. A., Zürich 2006, 168.- CHF.

Uttinger Laurence: Zur Bedeutung des Grundsatzes der Diversifikation in der Anlagestrategie von Pensionskassen. Jusletter vom 12. Juni 2006.

Versicherungen

Eckert Martin/Kuhn Moritz (Hrsg.): Schweizerisches Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz, VVG). Schulthess, Zürich 2006, 98.- CHF.

Übernahmen und Umstrukturierungen

Allgemeines

Binder Peter M.: Mergers & Acquisitions in der Praxis. Stämpfli, Bern 2006, 188 Seiten, 39.80 CHF.

Künzler Oliver: Konzernübertragung im Privat- und Steuerrecht. Schulthess, Zürich 2006, 89.- CHF.

Kurer Peter: M&A: Alles anders. GesKR 1/2006, 1-3.

Tschäni Rudolf/Diem Hans-Jakob: Übernahmekämpfe. GesKR 1/2006, 54-59.

OR

Honsell Heinrich: Schweizerisches Obligationenrecht - Besonderer Teil, 8. Neubearb. A., Stämpfli, Bern 2006, 120.- CHF.

Honsell Heinrich/Vogt Nedim Peter/Wiegand Wolfgang (Hrsg.): Obligationenrecht I. Basler Kommentar zum schweizerischen Privatrecht. 4. Auflage, Basel 2007, ca. 3100 Seiten, 548.- CHF.

Ruggli Monika/Vischer Markus: Konkurrenzverbote in Unternehmenskaufverträgen, SJZ 102/2006 Nr. 13, 294-302.

BEHG

Tschäni Rudolf/Diem Hans-Jakob: Übernahmekämpfe. GesKR 1/2006, 54-59.

FusG

Behnisch Urs R./Locher Peter: Die Sanierungsfusion nach Art. 6 FusG aus zivil- und steuerrechtlicher Sicht, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 289-310.

Bertschinger Urs/Spori Peter: Dreiecksfusionen - einige zivil- und steuerrechtliche Fragen, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 311-342.

Hirsiger Caroline: Der Schutz der Gesellschafter, Gläubiger und Arbeitnehmer bei der Fusion von Kapitalgesellschaften nach schweizerischem und europäischem Fusionsrecht. Schulthess, Zürich 2006, 89.- CHF.

Merlino Nicolas: Loi sur la fusion. Stämpfli, Bern 2006, 300 Seiten, 128.- CHF.

Reich Markus: Steuerrechtliche Aspekte der Ausgleichsleistungen und Abfindungen gemäss FusG, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 261-288.

Riedweg Peter/Daeniker Daniel: Holdingspaltung im Zivil- und Steuerrecht, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 111-136.

Vischer Markus/Gnos Urs P.: Erfahrungen mit dem Fusionsgesetz. AJP/PJA 7/2006, 783-807.

von der Crone Hans Caspar/Dobler Sarah/Eugster Karin: Privatrechtliche Aspekte der Ausgleichsleistungen und Abfindungen gemäss FusG, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 243-260.

Steuern

Allemann Richard W./Baumgartner Ivo P.: Steuerneutrale Übertragung von Vermögenswerten zwischen Konzerngesellschaften mit Minderheitsaktionären, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 137-172.

Bertschinger Urs/Spori Peter: Dreiecksfusionen - einige zivil- und steuerrechtliche Fragen, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 311-342.

Künzler Oliver: Konzernübertragung im Privat- und Steuerrecht. Schulthess, Zürich 2006, 89.- CHF.

Nägeli Birgit: Indirekte Teilliquidation - ein bundesgerichtliches (Fehl-)Urteil und seine Folgen. ius.full 2006, 124-127.

Reich Markus: Steuerrechtliche Aspekte der Ausgleichsleistungen und Abfindungen gemäss FusG, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 261-288.

Riedweg Peter/Daeniker Daniel: Holdingspaltung im Zivil- und Steuerrecht, in: Ernst A. Kramer/Peter Nobel/Robert Waldburger (Hrsg.), Festschrift für Peter Böckli. Schulthess, Zürich 2006, 111-136.

Simonek Madeleine/Feldmann Hansurs: Die indirekte Teilliquidation im gesetzlichen Kleid. Erste Analyse des neuen Art. 20a DBG. Jusletter vom 10. Juli 2006.

Internationales

Drinhausen Florian/Keinath Astrid: Die grenzüberschreitende Verschmelzung inländischer Gesellschaften nach Erlass der Richtlinie zur grenzüberschreitenden Verschmelzung von Kapitalgesellschaften in Europa. RIW 2006, 81-86.

Kiem Roger: Die Regelung der grenzüberschreitenden Verschmelzung im deutschen Umwandlungsgesetz. WM 23/2006, 1091-1101.

Leible Stefan/Hoffmann Jochen: Grenzüberschreitende Verschmelzungen im Binnenmarkt nach "Sevic". RIW 2006, 161-167.

Menjucq Michel: The European Regime on Takeovers. ECFR 2/2006, 222-236.

Merkt Hanno/Binder Jens-Hinrich: Änderungen im Übernahmerecht nach Umsetzung der EG-Übernahmerichtlinie: Das deutsche Umsetzungsgesetz und verbleibende Problemfelder. Betriebs-Berater 24/2006, 1285-1291.

Meyer Andreas: Änderungen im WpÜG durch die Umsetzung der EU-Übernahmerichtlinie. WM 24/2006, 1135-1150.

Nobel Peter/Drenckhan Helke: Ein deutscher und europäischer Blick auf Unternehmensübernahmen in der Schweiz. WM 24/2006, 1129-1134.

Rechnungslegung

IFRS-AnhangCheck - CD-Rom Edition 2005. Stämpfli, Bern 2006, 225.- CHF.

Böckli Peter: Zum Vorentwurf für eine Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts. Eine kritische Übersicht. GesKR 1/2006, 4-28.

Bohl Werner/Riese Joachim/Schlüter Jörg: Beck'sches IFRS-Handbuch. Stämpfli, Bern 2006, 1400 Seiten, 225.- CHF.

Passardi Claudio: Erfolgspublizität. Stämpfli, Bern 2006, 208 Seiten, 54.- CHF.

Reuter Alexander: Objekt- und Projektfinanzierungen zwischen Zurechnung und Konsolidierung nach HGB, IFRS und US-GAAP. Betriebs-Berater 24/2006, 1233-1328.

Schreiber Stefan M.: IFRIC-Interpretationen - Beteiligung von IFRS-Anwendern am Entwicklungsprozess und aktuelle Entwürfe. Betriebs-Berater 25/2006, 1379-1385.

Revision

Ruhnke Klaus: Prüfung von Jahresabschlüssen nach internationalen Prüfungsnormen. Der Betrieb 22/2006, 1169-1175.

Strafrecht

Bernhard Björn: Elsig Bailey - stilles Ende des Schweizer Bankgeheimnisses. Jusletter vom 12. Juni 2006.

Forster Matthias: Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Unternehmens nach Art. 102 StGB, Diss. (= ASR 723), St. Gallen 2006.

Fülber Andreas/Aepfelbach Rolf/Langweg Peter: GwG. Kommentar zum Geldwäschegesetz. Rws Verlag, 5. Neubearb. A. Köln 2006, 168 Seiten, 132.- CHF.

Garbarski Andrew M.: La responsabilité civile et pénale des organes dirigeants de sociétés anonymes. Schulthess, Zürich 2006, 86.- CHF.

Geiger Roman: Organisationsmängel als Anknüpfungspunkt im Unternehmensstrafrecht, Diss. (= SSHW 251), Zürich 2006.

Herrn Peter/Gauch Peter: Die Misswirtschaft gemäss Art. 165 StGB. Stämpfli, Bern 2006, 242 Seiten, 58.- CHF.

Koenig Daniela: Das Verbot von Insiderhandel. Eine rechtsvergleichende Analyse des schweizerischen Rechts und der Regelung der USA und der EU. Schulthess, Zürich 2006, 72.- CHF.

Scherer Joachim: Korruptionsbekämpfung durch Selbstregulierung. RIW 2006, 363-369.

Schubarth Martin: Konzernstrafrecht. SZW/RSDA 3/2006, 161-167.

Vouilloz François: Le blanchiment d'argent. La pratique du Tribunal fédéral relative à l'art. 305bis CP. Jusletter vom 3. Juli 2006.

Vermögensverwaltung

Bührer Christian: Unabhängige Vermögensverwalter in der Schweiz. Bank- und finanzwirtschaftliche Forschungen Band 376, Haupt Verlag, Bern 2006, 42.- CHF.

Felber Markus: Betrügerische Vermögensverwalterin. Jusletter vom 12. Juni 2006.